

**4002/J XXI.GP****Eingelangt am: 12.06.2002**

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wirtschaft & Arbeit

betreffend Preissteigerungen durch die Euro-Umstellung

Im 2. Bericht der Euro-Preiskommission wird festgestellt, dass "ein Inflationsschub trotz wiederholter Befürchtungen nicht eingetreten" ist. Diese Einschätzung wird auch größtenteils von den KonsumentInnenschutz-Institutionen geteilt. Dem gegenüber steht die Einschätzung der Bevölkerung: nach einer Umfrage des Gallup-Instituts glauben 84 Prozent der Bevölkerung, dass sich ihr Leben seit der Euro-Einführung verteuert hat. Bei den Frauen liegt der Prozentsatz bedeutend höher.

Während sich diverse Handelszweige durch große Preisdisziplin auszeichnen, sind im Freizeitbereich erhebliche Teuerungen zu beobachten (vgl. NEWS 23/02 und 22/02). Preissteigerungen von 38 Prozent sind nicht selten. In der Gastronomie kam es zu erheblichen Aufrundungen

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

## **ANFRAGE:**

1. Wann wird es den 3. Bericht der Euro-Preiskommission geben? Denken Sie daran, die Preisbeobachtung durch die Kommission noch bis Mitte 2003 fortsetzen zu lassen?
2. Derzeit liegen 180 Fälle von ungerechtfertigten Preiserhöhungen bei der amtlichen Preiskommission, in 40 Fällen konnten die Preise auf das alte Niveau korrigiert werden. Welche Maßnahmen sind in die restlichen 120 Fälle geplant?
3. Aus welchen Gründen verweigern Sie eine öffentliche Bekanntgabe von Produkten zu überhöhten Preisen?
4. Welche Maßnahme werden Sie gegen die bevorstehende Teuerungswelle zu Sommerbeginn setzen?
5. Welche Schritte werden Sie gegen überhöhte Preissteigerungen von durchschnittlich 15 Prozent in der Gastronomie unternehmen?